

informationsdienst

alter & forschung

Nachrichten zum demografischen Wandel

Chancengleichheit? ●

Bildung, Einkommen, Lebenserwartung - der Zusammenhang ist eng 3

☞ Solche Unterschiede können schon erschrecken: Auf zehn Jahre und mehr beläuft sich für Männer die Differenz in der Lebenserwartung, wenn man höhere und niedrige Einkommensgruppen vergleicht. Die Wahrscheinlichkeit, noch vor dem 65. Lebensjahr zu sterben, ist für diejenigen, deren Einkommen am unteren Ende der Skala rangiert, mindestens doppelt so groß. Fragt man danach, wie viele Lebensjahre bei guter Gesundheit verbracht werden können, kann dieser Abstand bis zu 14 Jahre ausmachen. Wer über genügend Bildung und Einkommen verfügt, hat erheblich bessere Chancen auf ein langes und gesundes Leben als jene, denen es an solchen Ressourcen mangelt. Im Alter zeigt sich das besonders deutlich. Von gesundheitsfördernden Angeboten lässt sich dennoch profitieren. Gerade an sozioökonomisch benachteiligten und bildungsfernen älteren Menschen gehen sie aber eher vorbei. Abhilfe schaffen könnte eine kleinräumige, zielgruppenorientierte Gesundheitsberichterstattung - die existierende Strukturen transparent macht, Bedürfnisse lokalisiert und adäquate Kommunikationsstrategien ermöglicht. Bis dato stehen turnusmäßige Gesundheitsberichte allerdings nur in etwas mehr als einem Zehntel der Kommunen auf dem Programm.

Langzeitpflege ●

Einschätzung in der EU: recht gut zugänglich, aber ziemlich teuer 13

☞ Was regelmäßige Unterstützung und Pflege im Alter anbelangt, sind die meisten Bürgerinnen und Bürger in der Europäischen Union offenbar realistisch: Falls nötig, rechnet durchschnittlich die Hälfte damit, hier für vieles selbst aufkommen zu müssen. Je nach Land reicht die Spannweite dabei von 35 bzw. 27 Prozent in Polen und Bulgarien bis hin zu 72 bzw. 70 Prozent in Slowenien und Belgien. EU-weit ein knappes Drittel erwartet, dass solche Leistungen von der staatlichen Sozialversicherung bezahlt werden. Zu 76 Prozent ist man davon in Dänemark überzeugt, 63 bzw. 60 Prozent teilen diese Einschätzung in Estland und Schweden. Der Zugang zu ambulanten Diensten oder stationären Pflegeeinrichtungen wird mehrheitlich als nicht weiter schwierig erachtet. Hinsichtlich der Kosten gerät die Haltung deutlich kritischer: Viel zu teuer, befinden gut zwei Fünftel in der EU beim Thema Pflegeheime. Ambulante Dienste hält durchschnittlich noch nicht einmal ein Drittel für erschwinglich. Bedenklich auch, dass immerhin 46 Prozent erklären, in erster Linie würden es wohl finanzielle Gründe sein, falls sie irgendwann nicht genau das an Hilfe und Pflege erhielten, was sie eigentlich brauchten.